

Dienstag, den 29. Dezember 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 302



für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Goldpfennige“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist die Hauptexpedition, Hauptstraße 46, durch die Ausgabeleitung des „Weltwacht“ neue Gravenstraße 5, durch die Zweigstelle der „Weltwacht“ Neuer Marktstraße 140, sowie durch alle Ausgaben zu bezahlen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 1 Goldmark, durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Postanschrift: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141
Postfach-Kontor: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: 20 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter Zug-
Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeige, Vereins-
Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro
Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis vormittags 12 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition
Hauptstraße 46 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Schafft mehr Notstandsarbeiten!

Nach rd reichlich!

Aus Berlin wird u. geschriften:
Am 4. Januar findet zwischen Reich und Ländern eine Beratung statt, in der es erster Linie das Problem der Finanzierung der Notstandsarbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen geklärt werden soll.

Bei der Beratung verfügen die Länder noch über Mittel, um die Notstandsarbeiten in Gang zu bringen oder weiterzuführen. Sie haben in Preußen z. B. die Regierungspräsidenten gegenwärtig noch keine neuen Beiträge angefordert, und die Gewerkschaften, die sich vielleicht an die Zentralstellen wenden, tun es auch auf darum, die Finanzierung der Notstandsarbeiten sich zunächst mit den Regierungspräsidenten in Verbindung zu setzen. Die preußischen Regierungspräsidenten schaffen zur Förderung der Notstandsarbeiten jede nur mögliche Bewegungsfreiheit. Innerhalb der Provinzen kann ein Ausgleich zur Berichtigung bestehender Mittel stattfinden, damit überall dort wo die Arbeitslosigkeit wirklich und heftig einsetzt, sofort Hilfe gebracht werden kann. Auch sollen die wandernden Erwerbstätigen nach Möglichkeit aus jedem Lande bei dem Straßenbau, bei Restaurationsarbeiten usw. Arbeit finden, damit sie nicht in die arbeitslose Städte fließen. Zur Entlastung der Städte vom Druck des Arbeitslosenlends will man besonders an der Peripherie der Provinzen und auf dem Lande Notstandsarbeiten in höherem Umfang vornehmen.

Angesichts der im Laufe des Monats Januar einsetzenden Beratung der Notstandsarbeitslosigkeit muß jedoch über die Maßnahmen für den übrigen hinaus in der Frage der Finanzierung größer und umfassender Notstandsarbeiten schließlich Klarheit geschaffen werden. Mit Bereitstellung des 100 Millionen-Fonds aus dem ordentlichen Haushalt des Reichsarbeitsministeriums, von welchem seit dem April dieses Jahres nur verhältnismäßig geringe Beiträge für Notstandsarbeiten verordnet wurden, ist das Finanzierungsproblem nicht gelöst. Es muß auch die Leistungsfähigkeit der Länder, ehemalig verpflichtet sind, die gleichen Beiträge wie das Reich zur Berichtigung zu stellen, in Betracht gezogen werden. Deutliche Weise hat der preußische Finanzminister den wichtigsten Anträgen des Reichsarbeitsministeriums auf Einschränkung für die Parteien, auf Wiedergabe bei der Berichtigung der Kredite und auf Erhöhung des Gesamtheihilfesonds zugestimmt. Wie der „Sozialdemokrat“ erfuhr, ist damit zu rechnen, daß das Reichsfinanzministerium den preußischen Vorstufen seine Zustimmung nicht geben wird, wenn auch bis jetzt noch keine offizielle Erklärung des Reiches vorliegt. Unverändert bleibt dann aber die Forderung, daß das Reichsfinanzministerium bei der Besprechung der Länder am 4. Januar mit bestimmten Vorschlägen über die Verstärkung und Dergleichung herortreten werde. Bis jetzt vor den konkreten Inhalten solcher Vorschläge der Reichsregierung nichts zu erwarten gewesen; eigenartiger Weise ist den ausständigen Stellen in den Ländern nichts davon bekannt. Hoffentlich gibt es bei der Beratung am 4. Januar nicht große Differenzen und lange Diskussionen über die Vorschläge Preußens und die des Reiches; das wäre sehr schade, wenn Reich und Länder den Forderungen der sozialen Regierung zustimmen würden, damit sofort im Anschluß an die Beratung vom 4. Januar die notwendigen Erlasse in den Ländern an die ausständigen Stellen weitergehen können.

Wie sich die Rechtsopposition am Fall Holstein vorbedrängt,

Der Entfall des nach Bülow's Zeugnis einflußreichsten Amtes im Auswärtigen Amt der letzten Kaiserzeit als eines dreierlei Börsenspekulanten, das zeigt z. B. die heutige schlesische Zeitung. Nach einem schwachen Versuch, Material anzuzweilen, gibt sie zu, daß mindestens Bismarcks Charakter dadurch sehr belastet wird. Sie verteidigt alle bisherigen Darstellungen des unheimlichen Geistes eines im Grunde reinen Charakters, wie sie in Erinnerungsliteratur der Männer des alten Regimes stehen, sich auf einzelne absprechende Äußerungen Bismarcks zu beziehen. Dabei wird wiederum verschwiegen, daß gerade Bismarcks Vater und Sohn, Holstein zur Belohnung für seine unverdiente persönliche Spitzeldienste mit zu seiner Karriere verholfen haben.

So bleibt der „Schlesischen“ zum Schluss nur übrig, der Anklage des „Berliner Tageblatts“ vorzuwerfen, daß sie doch an die Wilhelminische Zeit freudig teilnehmen. Es trifft für einzelne wilhelminische Maßnahmen in bezug auf die bürgerlichen Liberalen zu; auf die im Raum gebliebene „Rechtsopposition“ aber paßt es gar nicht, wenn damit etwa die Sozialdemokratie gemeint sein soll. Und auch auf die bürgerliche Demokratie schlägt dieser Pfeil fehl, wenn er ihnen freudige Anerkennung zur Abfügung Bismarcks vorwirft. Denn nach den Ausschreibungen des Göttinger Historikers Dr. Willibald Thomann steht fest, daß Bismarck im Augenblick seines Todes von niemandem weniger gedacht wurde als von allen Kaiserparteien, die sich heute, wenn die großen Ereignisse der Kaiserzeit verloren, als Bismarckjünger sehen möchten. Wir sind keine Verehrer des Urhebers des Machtgeistes. Aber etwas ernster zu nehmen war er doch die Leute, die heute die Rezepte seiner Machtpolitik schematisch

anwenden wollen, nachdem alle Voraussetzungen dafür — vor allem das Bestehen der beiden Kaiserreiche der Habsburger und der Romanows — verschwunden sind. So ungeschickte Polemiken wie die der „Schlesischen Zeitung“ im Fall Holstein hätte Bismarck seinen Plütttern auch nicht durchgehen lassen.

Der Schwindel mit den Parteidandidaturen für die deutsche Völkerbundsvorstellung,
den wir bereits gestern nach der ersten Veröffentlichung im Deutschen Nationalen Tag gekennzeichnet haben, wird von den Freiemannen „Täglicher Rundschau“ weiter verbreitet. Natürlich bemächtigt sich auch die deutschnationale Provinzpreis von den Ausschreibungen von „Vomwärts“ und „Germania“ der untenstehen Behauptungen, daß Parteidemokrat des Zentrums und der Sozialdemokratie in Genf über die amtliche deutsche Politik hinweg Vorschläge für die Vertretung Deutschlands im Völkerbund gemacht hatten. Angesichts dieses Vorgehens des Freiemann-Blattes gewinnt die Vermutung einer Berliner Korrespondenten Wahrscheinlichkeit, wonach die ganze Berührung aus dem Auswärtigen Amt stammt, das sich diese Meldung beim Generalkonsul in Genf bestellt hatte, um auf jeden Fall der Ernennung von Leuten mit wirklicher Völkerbundsgesinnung vorzubereiten und seine alten Bürokraten um so begreifer nach Genf schicken zu können.

Wie das Freiemann-Blatt andeutet, scheint ein dauernder deutscher Völkerbundsvorsteher, wie ihm England und Frankreich haben, nunmehr ernannt werden zu können. Doch dürften einige Deutsche für verschiedene Völkerbundämter herangezogen werden. Ein übrigen will zu Ausschreibungen anstehen. Sittes war, so möglich oft, nicht nach Genf führen.

Das Fehlurteil im Fall Wandt.

Ahnlich wie im Fall Fehrenbach stellt sich jetzt im Falle des Journalisten Heinrich Wandt, der wegen „Landesverrat“ zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, heraus, daß gar nichts verraten werden konnte, weil die in Betracht kommenden Akten bereits bekannt waren. So erklärt worden der beschuldigte Schriftsteller Bullus dem Brüsseler Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ gegenüber, daß seine entsprechenden Bekanntmachungen schon vorher in dem ersten von ihm publizierten Schwarzbuch Ende Juli 1920 erschienen sind, bevor sich Wandt das Dokument Gedächtniss aus dem Reichsarchiv verschafft habe. Bullus erklärte sich gegenüber dem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ bereit, auf Ersuchen des deutschen Justizministers vor einem belgischen Richter die Unschuld Wandts eiligst zu bezeugen.

Wann wird das Reichsgericht, das wie die meisten deutschen Gerichte von der Landesvertragsmaße befallen ist, auf die Stimme des Gewissens und der Gerechtigkeit hören? Wird es jetzt endlich die erforderlichen Schritte tun, um über den Fall Wandt reelle Klarheit zu schaffen? Oder soll das Fehlurteil des Reichsgerichts bestehen bleiben? Sechs Jahre Zuchthaus für die angeklagte Mordverschwörung von Dingen, die bereits bekannt waren! So drastisch kann die deutsche Justiz rechtsprechen. Die selbe Justiz, die rechtstreuende Verbrecher, Leute wie Kapitän Erhardt, mit Sonnenfoltern strafe. Wie heißt es von den Parteidemokraten? Sie lieben Mützen und verschlungen Komplexe.

Der Zwist in der Kommunistischen Partei Rußlands.

Moskau, 27. Dezember. (Druckschrift.) Die oppositionellen Stimmen, die sich im Gegenjahr zu der Mehrheit von 559 gegen die Billigung der „politischen Linie“ des Zentralkomitees der KP ausgesprochen haben, wie sie im Rechenschaftsbericht Stalins dargelegt worden war, stehen heute im Mittelpunkt des Interesses. Unerledigt der bisherigen Gesprächsfrage der Opposition, sich nach Herausgabe aller ihrer Argumente bei möglichstem Parteientschließungen der Stimme zu enthalten, ein wirtschaftliches Kontraktum aber immerhin zu vermeiden — haben die Oppositionellen es sich diesmal nicht nehmen lassen, ihr Meinungsauszuexpressieren.

Das Parteidemokrat „Pravda“ holt bereits zum wichtigen Schlag gegen die Opposition aus; diese sei ganz prinzipiell und konfus, mache überhaupt keine praktischen Vorschläge (denn allgemeine Thesen über Bekämpfung der Großbauerngefahr, Staatskapitalismus usw. seien eben nichts als Phrasen) und gehöre im höchsten Grade die kommunistische Disziplin. Vor allem aber erhebt das Parteidemokrat gegen die Opposition den Vorwurf, daß hinter all ihrem dominierenden Gerede wieder der alte Anspruch der Opposition von 1923 hervorltere — der Anspruch auf Bildung von Sondergruppen innerhalb der KP, auf die Geltendmachung von allerlei Strömungen mit Abweichungen von der großen Linie der Partei. Dieser der organisierten Oppositionsgruppe“ willigt nun die Partei deutlich erklären, daß ihre „Glaubform“ mit dem Leninismus nichts mehr gemeinsam habe. Sollte die in der Debatte gefallene Drohung über die Ausrottung des Einflusses Sowjetwiss. verwirklicht werden, so würde das natürlich auch seine Stellung in der Kommintern beeinflussen. Vergleiche den gestrigen Leitartikel unseres Blattes! (s. S. 1)

Kommunist Dr. Luther, der sich auf eine kurze Erholungsreise begeben hat, wird laut „Täglicher Rundschau“ am 7. Januar wieder nach Berlin zurückkehren. Das Freiemann-Blatt nimmt an, daß er dann mit der Regierungsbildung befreit werden wird.

Sie hoffen immer noch auf die Große Koalition,

nämlich Zentrum und Demokraten, die ja in der nächsten Woche mit der von vorher ein unglaublich verdrehten Prognose kommen wollen, Seizing in Preußen abzusagen, wenn wir nicht im Reich mit der Volkspartei regieren wollen. Da sie aber bereits merken, wie wenig ernst wir diese furchtbaren Geiste nehmen, die sich Parteien mit solcher Angst für „Ruhe und Ordnung“ gar nicht erst leisten sollten, so kommen sie vorher noch einige Male mit der Übereinkunft. Vor Weihnachten hatte es Georg Bernhard in der „Wossischen Zeitung“ ganz besonders ungern auf diesem Wege angegangen, indem er ausgerechnet uns Sozialdemokraten einzudenken wollte, wir müßten mitregieren, weil das Volk — Bedürfnis nach Ruhe habe. In den arbeitenden Volksklassen haben wir von diesem Bedürfnis wenig bemerkt, dagegen sehr lebhafte Bedürfnisse, die herrschenden Kreise der deutschen Wirtschaft und Politik energisch aus der Ruhe heraus zu bringen, mit der sie dem Wirtschaftsverfall zusiehen. Der wirtschaftspolitisch sehr interessierte Bernhard führte auf fallenderweise nicht eine einzige Frage an, die in der Wirtschafts- oder Finanzpolitik seiner Meinung nach sozialdemokratischer Einwirkung von der Regierung her bedürfte. So wirkten seine Artikel (besser als manche sozialistischen) wider Willen kräftig gegen die Koalition.

Zuletzt fängt zu Neujahr im „Berliner Tageblatt“ Bernhards Konkurrent, Theodor Wolff, das Zureden von neuem an. Man kann ihm zugestehen, daß er etwas geschickter ist und in diesem Zusammenhang bürgerliche Sentimentalitäten wie das „Bedürfnis nach Ruhe“ aus dem Spiel läßt. Wolff leistet sich den literarischen Spaß, uns den Koalitionsgedanken als radikale Initiativne vorzustellen! Daran hat es die Sozialdemokratie, wie er plötzlich entdeckt, nachdem er bis vor kurzem ganz anders auf uns einzuwirken suchte, fehlen lassen! Man wird also begierig, zu hören, an welche Aufgaben seiner Meinung nach die Sozialdemokratie herangehen soll. Aber nur eine einzige wird genannt und die ist gerade nicht vom Regierungstisch her zu lösen: die Volksabstimmung über die Fürsorgeabfindung. Wolff wünscht sie bronnte, aber die Reichstagsabgeordneten seiner eigenen Partei haben zunächst ein sehr gemäßigtes Gesetz darüber eingebrochen, über das zunächst der Reichstag abstimmen muß, ehe Volksentscheid überhaupt technisch möglich ist. Doch es ist offenbar falsch, von einem eleganten Plauderer über höhere Diplomatie noch ein weiteres Wort darüber zu verlangen, wie er seinen wichtigen Einfalls wirtschaftspolitisch begründen will, uns die Bindung an die Koalition als angebliche radikale Rücksicht zu empfehlen. Immerhin hat ja unsere Reichstagsfraktion in einer sehr lebenswerten Ausarbeitung bereits gesagt, was sie sachlich für die nächste Zeit in der deutschen Politik für notwendig hält. Die Volkspartei hat diese programmatischen Vorschläge abgelehnt und damit die Große Koalition ihrerseits als unmöglich erwiesen. Demokraten und Zentrum haben sich daraufhin eine sachliche Stellungnahme zu unseren Forderungen erspart. Auch Herr Wolff erspart sie sich, indem er so tut, als ob er gar nicht weiß, wofür wir „die Arme frei“ haben wollen. Da er die sachliche Sprache unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht versteht, wollen wir es ihm auf seine persönlichere Art sagen: wir wollen die Arme frei haben, um gegen den Befreiungsraub seines Parteidemokraten Hermann Hirsch-Köln zu kämpfen, um die wirtschaftspolitischen von jedem sozialen Geist unberührten Planerideen seines Parteidemokraten Dietrich-Baden nicht weiter wirken zu lassen, um dem Geist der Aufwertungspolitik Dietrich-Baden und der Antisozialpolitik Gotheins, seiner „Tageblatt“-Mitarbeiter, entgegenwirken zu können. Es fällt uns nämlich auf die Dauer schwer, die weise wirtschaftspolitische Forderungen von denen der Quack und Hugue zu unterscheiden — wenn wir von den schmützenden Bemerkungen absehen.

Die Sorge um die Republik überlassen wir natürlich der nächsten Zeit getroffen dem Reichshammer, da wir sehen haben, daß ein demokratisches Minister wie etwa Herr Gehriger, in entschiedener Stellung ist uns nicht verhindern sondern mir vermehrten kann. Gemündigte Außenpolitik treibt Herr Stresemann ja auch ohne uns, und als er dafür einmal gegen uns unsere Stimmen braucht, geben wir sie ihm nicht so leicht.

Den letzten Sinn der Weltpolitik können wir freilich nicht einmal in dem viel zitierten „Geist von Locarno“ sehen. In diesem Geiste europäische Kartellverträge abzuschließen, dazu hat das „Berliner Tageblatt“ ja die Generaldirektoren der Schwerindustrie wie etwa seinen neuen Mitarbeiter Dr. Silverberg. Unsere Weltpolitische Stunde werden wir erst bekommen sehen, wenn die großen internationalen Fronten gegen den Hochkapitalismus aufgerichtet werden können, die sich heute außerhalb Europas erst zu formieren beginnen.

—m.

Die sippige Reichsmarine.

In der „Reich am Montag“ schreibt der bekannte Marinepolitiker Kapitän a. D. Persius:

Die neue Regierung der Reichsmarine ist — nach dem Stand vom 1. November 1925 — soeben entstanden. Man erfüllt, daß unsere Flotte, deren Materialbestand nach dem Vertrag von Versailles betrügt: 6 Panzerkreuzer vom Typ „Deutschland“, d. h. 13200 Tonnen Displacement gegen 40000 Tonnen eines modernen Panzerkreuzers, z. B. des britischen Typs „Hessen“, 6 leichte Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedobooten, zu ihrer Führung benötigt an Offizieren: 1 Admiral, 3 Viceadmirale, 6 Konteradmirale, 31 Kapitäne zur See, 21 Fregattenkapitäne, 73 Korvettenkapitäne, 153 Kapitänleutnants, 22 Oberleutnants zur See und 41 Leutnants zur See, ferner ein Ingenieuroffizier: 1 Konradadmiral, 2 Kapitäne zur See, 4 Fregattenkapitäne, 17 Korvettenkapitäne, 44 Kapitänleutnants, 52 Oberleutnants und 15 Leutnants!

Der Gesamttonnengehalt unserer Linienschiffe beläuft sich auf 79 200 t (zu 13 200), der der Kreuzer auf 18 000 Tonnen — 1914 verfügte unsere Flotte über 537 950 Tonnen an fertigem Waffenmaterial, 186 000 an Panzerkreuzermaterial, 117 850 an Kreuzermaterial usw. Der Personalbestand war: 2197 Seeoffiziere, 529 Ingenieuroffiziere bei insgesamt 73 115 Kämpfern. Heute braucht unsere Kriegsmarine 692 Offiziere (abgesehen von Marineingenieuroffizieren), Kapitäne u. a. bei insgesamt 15 000 Kämpfern. Die britische Flotte hatte 1914: 3578 Seeoffiziere und 968 Ingenieure, insgesamt 4544 für 146 414 Kämpfer und höher. Auf 32 Gemeine kamen also ein Offizier. Bei uns kommandiert 1914 ein Offizier 27 Mann und kann kommandiert einer nur 21. Das ist eine erstaunliche Leistung, aber wir haben längst noch nicht z. B. die Republik Guatemala erreicht. Nach dem Internationalen Armeekonvent gibt es dort für ein Boot von 6000 Mann: 19 Generale, 664 Staffsoffiziere, 533 Hauptleute und 1766 Leutnants.

Auch für den Nachwuchs unseres Seesoldatenkorps wird reichlich gesorgt. Im „Militärwochenblatt“ vom 4. Dezember 1925 steht man, daß 77 junge Herren zu Seefüchtern ernannt worden sind. Im Jahre 1900, als unsere Flotte etwa die militärische Materialstärke der heutigen hatte, genügten 68 Seefüchtern ausreichend, und in den Jahren später gar nur 40 und 50. Das Reichsministerium verspricht für das nächste Jahr 560 Millionen Mark gegen 467 im vorherigen.

Wer wird den Titel des Herrn Gehörer kaufen unter die Lupe nehmen müssen?

Aus dem Reiche.

Älterung einer Atomkraftstation gegen militärische Angriffe. Am vergangenen Verhandlungstage hatte der Kaufmann Schnapp in Berlin, als er in der Nähe des Kulturfürstendamms von einem Rude Eichhölmjüngling angegriffen wurde, den Kaufmannsname Döse geföhrt. Die Voruntersuchung ergab, daß Schnapp in der Notwehr gehandelt hat. Das Verfahren wurde deshalb inzwischen eingestellt. Die Richterinstanz nimmt von diesem Fall ohne Aufregung Kenntnis. Sie gelingt damit, daß die damals von ihr erfolgte Ablesung der Notwehr Schwund war.

Eine Erhöhung für Frau Höfle. Die Berliner Blätter melden, daß zwischen der Witwe des verstorbenen Reichsministers Höfle und dem preußischen Justiz ein Vergleich unterzeichnet werden ist, auf Grund dessen die Witwe des verstorbenen Reichsministers für ihre eigene Rente eine lebenslängliche jährliche Rente von 2000 Mark erhält. Die Rente erhält im Falle einer Wiederholung der Frau Dr. Höfle für die drei minderjährigen Kinder erhält Frau Dr. Höfle außerdem eine Rente von 600 Mark für jedes Kind, die bis zum 18. Lebensjahr ausgezahlt werden soll. Rechtlich ist der Vergleich durch die Rechtsstellen des preußischen Unternehmensausstusses über jede Rente gerechtfertigt, die das preußische „höhere“ Gefängnispersonal in Rente bei dem Minister Dr. Höfle gewollt hat.

Der Weisensweg des Reichsjustizgeistes“ in der Zeit einer Schrift von Heinrich Schmid, die in den nächsten Tagen bei C. H. Beck's Verlag in Berlin erscheinen wird. Der Verfasser, der als Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bei der Revolution bis zur Ministerentfernung des Herrn Schmid am meisten mit der Vorbereitung eines Reichsjustizgesetzes beschäftigt gewesen ist, schlägt die fahrläufige Entwicklung von Reichsrechts und Finanzpolitik bis zum Scheidenden Reichsjustizgeiste vom sozialdemokratischen Standpunkt aus. Im Schlußgedanken „Was nun?“ untersucht Schmid die Möglichkeiten und Bedeutungen, die für die nächste Zukunft ergeben.

Aus schweren Tagen.

Streites und Heiteres. Von Adolf Hoffmann.
8)

(Wiederaufgelegte Nachdruck des Herausgebers)

„Doch, mir ist vor drei Tagen der dritte Gang gekommen, und ich bin noch keiner Freiheit gekommen, ohne eine Thunung zu haben, worum.“

„Ich habe Sie mal“, erklärte der Schließer ironisch. „Ich habe Ihnen Unschuldige, die noch nie mal ein wichtiges Schätziger bezahlten verloren hätte, erfüllt ich sofort seine Entfernung bestimmt, damit er nicht die anderen verbündet. Aber wenn es wirklich so wäre wie Sie sagen, ist es ebenso, besonders für das erste Werk. Nun, in diesem Fall wird ich ja morgen die Sache erläutern, und Sie werden entzücken. Also sagen Sie ja in Ihr Schloß.“

Er lächelte Breitlachen zu mir zu haben, denn eine Röntgenstrahl war sehr überzeugend, er räumt mir meinen Hut ab, zieht eine Zelle auf, gab mir eine Decke, die ja aussieht, das ich ja zweite die anzusehen. „Siehean Sie nur“, erinnerte er, „zur letzten uns zweite Seite oben an.“ Ich habe Ihnen eine gegeben, die keine erfüllt geworden ist. Sie gibt's sonst auch noch der Reinigung.“

Das Kindbett über des Todes wohnt, sagte ich: „Ich kann es Ihnen bei Ihren Erfahrungen ja nicht weiteren, wenn Sie meinen Worte nicht glauben. Aber einen Friedensdrang seien Sie mir als Werk, kann ich.“

„Und der?“, fragte er mißtrauisch. „Sagen Sie besser, daß ich sie nicht mehr tragen darf, denn das Kindbett verhindert.“

„Der ist ja in Ruhe. Da kommen Sie sowieso hin. Ich kann höchstens dafür sorgen, daß Sie mit dem ersten großen Tagessieger zusammen.“

„Mit einem Schlafen Sie ja wohl als nächstes,“ wußte er die Tür zu, die vor heraußen — ich weiß nicht seit welcher Nächte und Schläfern — geschlossen wurde.

Das entnahm in meinem Gedanken ich in einem Gefangen-

Grüßen Sie.

„Mit meiner Deine über dem Kopf kann ich in einer ruhigen Raum. Und ich als ich die Augen zu die Ruheheit gewünscht haben, kann es auch und nach einigen Minuten der den ganz

Der preußische Haushaltspol für 1926

Er balanziert mit 3,322 Milliarden Mark.

Das Preußische Staatsministerium hat den Haushaltspol für das Rechnungsjahr 1926 genehmigt und dem Staatsrat zur Verabschiedung den vorsichtigen Neuerungen zugehen lassen. Der Amtliche Preußische Präsident gibt die wichtigsten Einzelheiten bekannt:

Für das Rechnungsjahr 1926 sind veranschlagt:
die laufenden Einnahmen 3 144 Millionen Mark
die einmaligen Einnahmen 178 " "
die Einnahmen zusammen 3 322 Millionen Mark
die dauernden Ausgaben 3 032 Millionen Mark
die einmaligen Ausgaben 289 " "
die Ausgaben zusammen 3 322 Millionen Mark

Entsprechend dem bisher geübten Verfahren sind die Einnahmen aus den Ueberweisungen der Reichs- und Kommunalsteuer sowie der Körperchaftssteuer zu noch den Anteilen im Reichshaushalt für das Jahr 1926 bemessen. Das Gesamtaufkommen an Einnahmen und Körperchaftssteuer ist im Reiche für das Rechnungsjahr 1926 auf insgesamt 2 350 000 000 Mark angesetzt. Ob diese den preußischen Voranschlag des Vorjahres um 100 000 000 Mark übersteigende Schätzung des Reichs tatsächlich erreicht werden wird, erscheint allerdings mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen erheblichen Steuererhöhung zweifelhaft. Ein etwas geringeres Zurückbleiben des Gesamtaufkommen hinter der Schätzung des Reichs würde aber für den Haushalt der Länder nicht ohne Bedeutung sein, weil die in dem Geiste überlieferten Abrechnungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden eigentlich Garantie einem geringeren Aufkommen entsprechen, denn es ist den Ländern und Gemeinden (Gemeinderverbände) ein Anteil von 2100 Millionen Mark an der Einnahmen-, Körpersteuer- und Umsatzsteuer für 1926 garantiert. Der Anteil an der Umlaufsteuer ist hierbei nach einem garantierten Gesamtaufkommen von 1500 Millionen Mark zu berechnen und beläuft sich somit auf 450 Millionen Mark (30 Prozent von 1500 Millionen Mark). Der garantierte Anteil an der Einnahmen- und Körpersteuer beträgt also 1650 Millionen Mark und entspricht bei einer 70prozentigen Beteiligung der Länder- und Gemeinden einem Gesamtaufkommen von 2 300 Millionen Mark.

Selbst wenn aber die Schätzung des Reichs erreicht wird, muß die Gewinnsumme der preußischen Anteile an der Reichseinnahmen- und Körpersteuer im nächsten Rechnungsjahr gegenüber dem laufenden Jahr deshalb geringer bleiben, weil sie auf Grund des Gesetzes über Änderungen des Finanzausgleichs am 1. Oktober 1925 eingerollte Kürzung des Anteils der Länder und Gemeinden an der Einnahmen- und Körpersteuer von 30 auf 75 Prozent des Aufkommens für 1926 auf das ganze Rechnungsjahr erzielt. Analoges wird auch der nach Abzug der den Gemeinden und Gemeinderverbänden zufließenden, aber nur durchlaufenen Beiträge sich ergebende reine Landesanteil an der Einnahmen- und Körpersteuer hinter dem des Vorjahrs verschwinden, da der prozentuale Anteil der Gemeinden und Gemeinderverbände am Landesanteil gegenüber dem Vorjahr unverändert ist. Entsprechend der geplanten Regelung beträgt die Anteile der Gemeinden 45 Prozent des Landesanteils, und die Dotationsen an die Provinzen (Bezirksverbände) und Landkreise zur Erfüllung bestimmter Aufgaben 10 Prozent des dem Staate für eigene Zwecke verbleibenden Anteils.

Das Aufkommen an Umlaufsteuer kostet das Reich entsprechend dem voraussichtlichen Rückgang dieser Steuer für das Rechnungsjahr 1926 auf 150 Millionen Mark, bei dem Anteil an dem vorausgegangenen Haushalt ist über entsprechend der Garantie des Reichs von einem Gesamtaufkommen von 1500 Millionen Mark, wie im Vorjahr, auszugehen. Die prozentuale Beteiligung der Länder und Gemeinden an der Einnahmen- und Körpersteuersteuer von 30 auf 75 Prozent des Aufkommens für 1926 auf das ganze Rechnungsjahr erzielt. Analoges wird auch der nach Abzug der den Gemeinden und Gemeinderverbänden zufließenden, aber nur durchlaufenen Beiträge sich ergebende reine Landesanteil an der Einnahmen- und Körpersteuer hinter dem des Vorjahrs verschwinden, da der prozentuale Anteil der Gemeinden und Gemeinderverbände am Landesanteil gegenüber dem Vorjahr unverändert ist. Entsprechend der geplanten Regelung beträgt die Anteile der Gemeinden 45 Prozent des Landesanteils, und die Dotationsen an die Provinzen (Bezirksverbände) und Landkreise zur Erfüllung bestimmter Aufgaben 10 Prozent des dem Staate für eigene Zwecke verbleibenden Anteils.

Das Aufkommen an Umlaufsteuer kostet das Reich entsprechend dem voraussichtlichen Rückgang dieser Steuer für das Rechnungsjahr 1926 auf 150 Millionen Mark, bei dem Anteil an dem vorausgegangenen Haushalt ist über entsprechend der Garantie des Reichs von einem Gesamtaufkommen von 1500 Millionen Mark, wie im Vorjahr, auszugehen. Die prozentuale Beteiligung der Länder und Gemeinden an der Einnahmen- und Körpersteuersteuer von 30 auf 75 Prozent des Aufkommens für 1926 auf das ganze Rechnungsjahr erzielt. Analoges wird auch der nach Abzug der den Gemeinden und Gemeinderverbänden zufließenden, aber nur durchlaufenen Beiträge sich ergebende reine Landesanteil an der Einnahmen- und Körpersteuer hinter dem des Vorjahrs verschwinden, da der prozentuale Anteil der Gemeinden und Gemeinderverbände am Landesanteil gegenüber dem Vorjahr unverändert ist. Entsprechend der geplanten Regelung beträgt die Anteile der Gemeinden 45 Prozent des Landesanteils, und die Dotationsen an die Provinzen (Bezirksverbände) und Landkreise zur Erfüllung bestimmter Aufgaben 10 Prozent des dem Staate für eigene Zwecke verbleibenden Anteils.

Der reine Landesanteil an der Umlaufsteuer wird für das Rechnungsjahr 1926 etwas höher sein als im Vorjahr. Während im Vorjahr der Anteil der Länder und Gemeinden für die erste Hälfte 20 Prozent und für die zweite Hälfte 25 Prozent betrugen, sind Länder und Gemeinden für das ganze Rechnungsjahr 1926 mit 30 Prozent an der Umlaufsteuer bereitgestellt.

Der reine Landesanteil an der Umlaufsteuer wird für das

Rechnungsjahr 1926 etwas höher sein als im Vorjahr. Während im Vorjahr der Anteil der Länder und Gemeinden für die erste Hälfte 20 Prozent und für die zweite Hälfte 25 Prozent betrugen, sind Länder und Gemeinden für das ganze Rechnungsjahr 1926 mit 30 Prozent an der Umlaufsteuer bereitgestellt.

Die Kraftfahrt- und Raumweltsteuer sind entsprechend den Erträgen des Reiches abhängig je 4 Prozent dem jährlich zunehmenden Verkehrsverkehr eingezogen. Hierbei bleibt zu berücksichtigen, daß die Kraftfahrtsteuer nur einen Durchlaufbetrieb darstellt; es ist gemäß § 3 des preußischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgebot an den Provinzen der öffentlichen Regierungserhaltung den Provinzen in vollem

Maße zu überweisen. Der Anteil am Ertrag der Kraftfahrt- und Raumweltsteuer 10 608 000 Mark
Postverwaltung 70 071 000 " "
Polizeiverwaltung 6 001 000 " "
Minzenverwaltung 1 438 500 " "
Kriegs- und Staatsanwälte (so weit sie des Reichs geteilt wird) 1 277 150 " "
Allgemeine Finanzverwaltung 1 224 635 000 "

Die Pariser Luftfahrtverhandlungen.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ vom 6. Januar gleichzeitig mit der Wiederaufnahme des deutschen Verhandlungen mit der Britischer Konferenz auch deutsche Verhandlungen über Luftverkehrsfragen stattfinden. Das Blatt glaubt, daß man deutlichkeit dem französischen Wunsche, deutsches Gebiet überfliegen zu dürfen unter Berücksichtigung absoluter Gegenfeuerfreiheit Rechnung tragen bereit sei. Über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen mit der Britischer Konferenz berichtet das Blatt, daß die Begriffsbestimmung um Beschränkungen für die deutsche Luftfahrt bereits aufgehoben werden durften und daß das dem Staate kostet oder weitet zu können. Dabei sind die Beträgen für die Rechnungsjahre 1925 und 1913 gegenübergestellt.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für Handel Hooper, und dem früheren Staatssekretär Hughes. Außerdem werden mehrere Parlamentarier die Delegation begleiten.

Die amerikanische Delegation für die vorbereitende Konferenz, in Genf wird bestehen aus dem Staatssekretär Kellogg, dem Staatssekretär für

Notabrusstung in Polen.

Von Dr. Elias Hurwicz.

Ein feinsinniger Beobachter der neuen Oktaaten Europas bemerkte einmal, daß ein wichtiger Faktor der Entstehung und des Bestehens dieser Staaten die großen Mächtigkeiten jener sind, die an diesem Bestehen interessiert sind, so da sind vor allem die Beamten, die Militärs usw. Dieser Auspruch trifft ganz besonders auf Polen zu. Damit ist bestreitbar das Bestehen eines polnischen Patriotismus ist bestreitbar werden. Im Gegenteil: man muß feststellen, daß dieser Patriotismus sich häufig zu einem leidenschaftlichen, übers Ziel weit hinausliegenden Chauvinismus ausweicht. Nicht weniger feststehend ist aber die Tatsache, daß geradezu riesenhafte polnische Staatsapparates. Eine sehr interessante Rechnung aufgestellt. Es ergab sich da, daß Polen 300 000 Soldaten, 240 000 Polizeibeamte, 100 Gefängnisbeamte, 13 000 Gerichtsbeamte, 172 000 Eisenbahnbemalte, 80 000 Postbeamte, 6000 Angestellte der staatlichen Monopole, 73 500 Lehrer und 30 000 Beamte der freien Wissenschaft hat. Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß jeder 56. Kopf in Polen vom Staat unterhalten wird. Am läufigsten wurde von den polnischen oppositionsparteien die zahlreiche Armee empfunden, mit Jahr und Tag verlangte nunmehrlich die „P.S.P.“ (polnische Sozialistische Partei) die Reduzierung des Heeresbestandes. Die polnischen Militärs antworteten jedoch darauf mit dem Hinweis, daß Polen zwischen zwei ihm mächtigen Mächten, Deutschland und Russland, eingekesselt sei und darum eine starke Armee brauche. Es ist interessant, gegenüber zu bemerken, daß neuerdings aber auch aus den Reihen des polnischen Militärs selbst kritische Stimmen laut worden sind. So erklärte neuerdings der General Roja, Polen zum Schutz seiner Grenzen sich auch mit 100 000 Mann durchaus begnügen könne.

Alein noch bis vor kurzem hatten alle diese Kritiken absolut keine Wirkung. Der polnische Militärs suchte ebenso sehr im Inneren zu behaupten, wie er seine Existenz auch nach außen auf ein System militärischer Einflüsse stützte. Weder die polnisch-russische Enspannung, noch der Pakt von Locarno vermögen hieran etwas zu ändern. Alein, was all diesen Faktoren nicht gelang, das war in allerjüngster Zeit dem katastrophalen Sturz der polnischen Währung. Diese Wirtschaftskrisis löste beinahe in Polen auch eine überaus scharfe politische Krise aus, der man nur durch eine Koalition mit Einstellung der sozialistischen Partei abhelfen konnte. Diese Partei hatte schon seit Wochen dagegen angekämpft, daß rund 30 Prozent der polnischen Staatseinnahmen für Rüstungsbedarf verwendet werden, und stellte im Sejm den Antrag, die Herabsetzung der polnischen Armee auf die Hälfte. Jedoch ist als das vorlegte Kabinett Grabbeis schon in den letzten Tagen lag und sich durch Herabsetzung des Budgets zu retten scheiterte, dahingehende Bemühungen auf den hartnäckigen Widerstand des Kriegsministers Sikorski. Als aber am Sturz der Grabbeis-Koalition die große Koalition einer politischen Lebensfrage Polens wurde, drohte die Kalderministerie mit dem Austritt aus der Koalition, falls der neue polnische Minister sich weigern würde, den Abbau der militärischen Offiziere und eine Verkürzung der Dienstzeit einzunehmen.

Man darf freilich nicht verleugnen, daß, wenn dieses geschehen, wie wir gleich sehen werden, diesmal endlich von vorig gekrönt wurde, hierbei auch der Druck des Auslands eine wichtige Rolle gespielt hat. Die ausländischen Investoren, mit denen man wegen einer Auslandsanleihe handelte, stellten zur Bedingung vor allem, daß das polnische Budget von rund 2 Milliarden auf 1,3 Milliarden heruntergesetzt wird. Eine solche Verringerung läßt sich aber vornehmen, wenn nicht nur die Ausgaben der zivilen Haushalte, sondern auch die des Kriegsministeriums herabgesetzt werden. In dem neuerlichen Budgetvorschlag für das erste Vierteljahr 1926 wurden in der Tat folgende Erhöhungen vorgenommen: Im Budget des Staatspräsidenten 50 000 Zloty, Sejm und Senat 682 000 Zloty, Kontrollkammer 234 000 Zloty, Ministeriat 48 000 Zloty, Innenseniorium 7 Millionen Zloty, Justizministerium 4,7 Millionen Zloty, Unterrichtsministerium 20,6 Millionen Zloty und Kriegsministerium 33 Millionen Zloty. In letzter Hand gelang es den Militärs, das Militärbudget noch um 15 Millionen zu erhöhen, dennoch bleiben die Abstriche im Militärbudget immer noch am allergrößten. Ferner ist zustellen, daß der Jahrgang 1903 nach nur vierzehntägiger Dienstzeit entlassen wurde, wodurch ja ein Vorfällenfall für die anderthalbjährige Dienstzeit geschaffen wurde, über die das Kriegsministerium im Februar 1926 einen Gesetzentwurf aufzustellen sich verpflichtet. Die Vertreter des Kriegsministeriums sind, einer Nachricht der Lodzer Volkszeitung zufolge, bereits so weit vorgeschritten, daß der Stand der Armee um ungefähr 40 000 Mann vermindert werden soll. Wann und in welcher Weise diese Reduktion erfolgen soll, wird in dem Gesetzentwurf gesagt werden, den die Regierung im Januar dem Sejm vorzulegen beabsichtigt. Nach der Mitteilung der „Polka Ibrojna“ ist auch eine Reduktion des Offizierkorps vorgenommen worden, und zwar sollen in erster Linie die Ergänzungen, welche in Ruhestand getretenen Offiziere, sowie deren Angehörige, die zu den Grenzcorps abgehen, nunmehr einspielen werden.

Nach all diesen Anzeichen ist wohl unzweifelhaft, daß die Abrüstung in Polen, der Not gehörigend, nicht der einzigen Tugend, in ein neues Stadium getreten ist, und es ist die Aufgabe der deutschen Daseinslichkeit sein, ihre Weiterentwicklung aufmerksam zu verfolgen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Absehung der Militärkontrolle in Österreich. Die Befestigungskonferenz hat der österreichische Regierung mitgeteilt, daß nach der Durchführung der noch rückständigen Abrüstungsmaßnahmen die Militärkontrolle dem Hölkerbund übergeben werden soll.

Der Besuch des Weltkongresses nach Südtirol. Nach den Internationalen Eisenbahnskonferenzen in Moskau angenommenen Beschlüssen über den direkten Eisenbahnverkehr von Paris nach Mailand soll vom 1. Mai des kommenden Jahres ab die Fahrt nicht mehr über Rom und Nizza, sondern über Bozen, Warschau und Stolpce gehen, vorausgesetzt, daß die erforderlichen technischen Verbesserungen auf der polnischen Strecke rechtzeitig ausgeführt werden.

Am Grabe des ermordeten anarchistischen Arbeiters. Zusammen aller ausländischen Delegierten, die am Parteitag erzähligten Sozialdemokratie teilnahmen, haben einen Krans auf dem Grabe des ermordeten Genossen einen Krans niedergelegt. Auf der Scheide des Kreuzes stehen ungarischer Sprache die Worte: „Dem toten Märtyrer die ungarischen Sozialisten“. Die Polizei hatte von dem Kreuz des Grades keine Kenntnis, so daß die Niederelegung des Kreuzes ohne Störung vor sich ging.

Henri Barbusse,



der bekannte französische Schriftsteller und Pazifist, ist nach einer Ballattreue, die ihm tödliche Angreife rumänischer „Volksheer“ einbrachte, lebensgefährlich erkrankt. Barbusse steht im 52. Lebensjahr und trat 1893 zum ersten Mal als Lyriker auf. Er war dann Kritiker in Paris und veröffentlichte eine große Anzahl bekannter Romane, von denen besonders das 1916 erschienene „Feuer“ allgemein bekannt wurde. Sein tiefses Mitgefühl mit den menschlichen Leidern, seine innere Vereinigung alles Überlebenden, machten ihn bald in der ganzen Welt bekannt. Die Überpatrioten und Säbelrassler seines Landes haben wiederholt mit allen Mitteln gegen ihn zu arbeiten versucht.

Wie Briand Locarno verteidigt.

Paris, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung drückte am Montag in der Kammer den Gesetzentwurf über die Locarno-Verträge ein. Unzählige dessen gab Briand eine Begründung, in deren Verlauf er unter anderem erklärte: Die auf 15 Jahre beschränkte Belebung der Rheinländer war nicht als eine Sicherheitsgarantie, sondern als eine Garantie für die Ausführung der gesamten Vertragsbestimmungen aufzufassen. Die in Frankreich seit dem Jahre 1920 aufeinanderfolgenden Regierungen suchten daher, das bisher schlanke System durch ein neues System der Sicherheit zu erweitern. Leider liegen ihre Bemühungen bei unzureichendem Erfolg. Der Regierung Herrriot kommt das Verdienst zu, eine Lösung der Probleme in anderer Richtung gebracht zu haben. Am 2. Oktober 1924 wurde durch das Genfer Protokoll die Annahme der jetzt berühmt gewordenen Formel „Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Abrüstung“ zum ersten Male erörtert. Frankreich bleibt dieser Formel treu. Über durch seine Großzügigkeit überraschte das Genfer Protokoll die Deutschen und verlebte die Tradition in vielen Ländern. Als in England das Kabinett Macdonald durch das Kabinett Baldwin abgelöst wurde, mußte man zu der Überzeugung gelangen, daß das Protokoll unter den gegebenen Verhältnissen durch die britische Regierung nicht ratifiziert werden würde. Man war also gezwungen, die Lösung der Sicherheitsfrage auf einem anderen Wege zu suchen.

In diesem Augenblick vertrat die deutsche Regierung durch ihre Initiative vom 9. Februar die Frage auf ein anderes Gebiet. Der deutsliche Vorschlag hatte unerlaubliche Vorzüglichkeiten, aber er barg auch gewisse Gefahren in sich. Es mußte vermieden werden, daß die Unterzeichnung des Garantiepapieres von einer Abänderung der Bestimmungen der bestehenden Verträge abhängig gemacht wurde. Wir könnten nicht Gefahr laufen, daß Deutschland, obgleich es den Vertrag eines Teiles unserer Handlungsfreiheit forderte, diejenige befreit, und sich meisterte, in den Bündebund einzutreten. Schließlich konnten wir nicht ausschließen, daß durch die Reiche des Reichs, die uns angeboten würden, wir gezwungen werden sollten, uns von unseren polnischen und tschechischen Verbündeten zu trennen. Die Elemente der in Locarno abgeschlossenen Verträge bezeugen, daß die von der französischen Regierung befürchteten Schwierigkeiten bei Beginn der Verhandlungen ausgeschaltet werden konnten. In dieser Hinsicht ist es nur gerecht, den Geist der vertrauensvollen und lokalen Zusammenarbeit anzuerkennen.

Der Ministerpräsident schloß keine Ausführungen: Die Regierung hat die feste Hoffnung, daß die Vertragswerke die Zustimmung der Kommission finden werden. Das bedeutet gleichzeitig einen Wissensaustausch Frankreichs, an der allgemeinen Ausbildung mitzuwirken und insbesondere mit Deutschland freundlichstliche Beziehungen zu unterhalten. Die notwendige Zusammenarbeit ist aber unmöglich, wenn nicht das Gefühl des Mißtrauens verschwindet, das bereits zu lange die Beziehungen der europäischen Völker gestört hat.

Giolitti tritt zurück. Nachdem die Mehrheit des Provinzialrates von Cuneo beschlossen hat, daß die Vorstandsmitglieder Geschäftsräume sein müssen, ist Giolitti als Präsident des Rates und auch als Provinzialrat selbst sofort zurückgetreten. Er bezeichnet seine Demission als unwiderruflich. Also selbst gemäßigte Liberalen werden in Italien ganz ausgeschaltet!

Aus aller Welt.

24 Berliner Selbstmorde zu Weihnachten.

In den Weihnachtstage haben der „B.Z.“ am Mittag“ aufgezeigt 14 Toten und 10 Männer in Berlin Selbstmordversuche unternommen. In 12 Fällen konnte keine Rettung gebracht werden. Die Motive des Verzweiflungstrikots waren Liebeskummer, Nahrungsverzehr oder Krankheit. In den meisten Fällen verliefen die Selbstmordkandidaten durch Gas aus dem Leben zu scheiden.

Zu dem Dammrutsch auf der Strecke Berlin-Frankfurt/Oder zwischen den Stationen Pilgram und Riesengarten erfaßt die „B.Z.“ am Mittag“, daß die Folgen des Dammrutsches schwerer seien, als ursprünglich angenommen wurde. Der direkte „B.B.“ Berlin-Frankfurt/Oder, der den gesunkenen Zugverkehr nach Oberholstein einschließt, wird auf mindestens 14 Tage unterbrochen bleiben. Der Zugverkehr wird umgeleitet, so daß eine Stadung des Verkehrs nicht eintritt. Die Reichsbahndirektion hofft, daß diese umgeleiteten Züge ganz erheblich schneller fahren können, so daß die Verzögerungen unbedeutlich werden. Die Urtage des Dammrutsches ist auf die Witterungseinflüsse der letzten Zeit zurückzuführen. Allein Anfang nach wurde der Bahndamm völlig unterspült.

Ein schwedender Student.

In der Nacht vom 26. Dezember gegen 2 Uhr geriet in Erlangen ein Student mit einem Werkmeister wegen eines Schreckschlusses in Streit, in dessen Verlauf der Student den Werkmeister durch einen Schuß in das Herz auf der Stelle töte und sich darauf selbst eine lebensgefährliche Schußwunde in den Kopf brachte. Ein schwedender Student.

Hochwasser am Rhein. Am Montag ist auch am Rhein Hochwasser eingetreten. In Köln steigt der Rhein ständig um 9 Zentimeter. Die vom Hochwassergebiet liegenden Einwohner sind bereits vom Hochwasserdienst aufgefordert worden, die Keller zu räumen. Bei Koblenz ist bereits das rechte Rhein-Ufer stark überflutet. Auch oberhalb Kölns beginnt der Rhein über seine Ufer zu treten. Der Kölner Pegel zeigte am Montag, nachmittags 6 Uhr, einen Stand von 5,90 Meter. Das ist fast 4 Meter über den normalen Wasserstand. Auch aus dem ganzen Stromgebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse wird starkes Steigen der einzelnen Ströme gemeldet. Besonders stark ist im Laufe des Montags nachmittags die Mosel gestiegen.

Überflutungswunglück in Ungarn und Rumänien.

Von der ungarnisch-rumänischen Grenze kommen Nachrichten über ein furchtbare Überschwemmungswunglück, dem viele Menschen — nach einzelnen Meldungen über hundert — zum Opfer fielen. Die March und eine große Zahl ihrer Nebenflüsse traten am Weihnachtstage aus den Ufern und durchbrachen die Dämme. Das Wasser stieg rasch und überschwemmte auf rumänischem Boden zehn und auf ungarischem Boden vier Gemeinden sowie an hundert Villengebiete. Die drei Feiertage vergingen in verzweifelter, zum größten Teil erfolgloser Versuchen, die Flut einzudämmen.

Goethe in der tschechischen Literatur.

Die tschechischen Schriftsteller beschäftigen sich jetzt eifriger denn je mit Goethe. Wie Otto Ritsch in der „Literarischen Welt“ mitteilt, bereite der Brüder Germanist Professor Oskar Fischer eine tschechische Nachdruckung des Urfaust vor. Die „Wahlverwandtschaften“ sind bereits von dem inzwischen verstorbenen Jindrich Fleischer vorzüglich ins Tschechische übertragen worden. Auch der Werther erscheint demnächst in tschechischer Übersetzung in einer von dem jungen Graphiker Peter Dillingen illustrierten Ausgabe.

Bon einer Larine verschüttet.

Von Innsbruck aus unternahmen vier Herren während der Weihnachtstage eine Skitour in die Stubaitalerberge. Am Sonntag führten sie von der Stuhlbargspitze ins Tal zurück. Hierdurch wurde sie von einer Larine erfaßt, welche zwei der Herren mit sich riss. Während der eine sich auf der Oberfläche des Schnees halten konnte, verschwand der zweite in den Schneemassen. Eine Rettungsexpedition, die sofort erfolgte, hatte bis jetzt keinen Erfolg.

Ein litauisches Räuberfest.

Aus dem Buchenwald in Poniewitz in Litauen sind vor einiger Zeit sechs zu Justizhaushalten verurteilte Räuber entflohen. Die Banditen haben sich im Kreis Orlitz einen Schlupfwinkel eingerichtet, unternehmen von dort aus Raubzüge und terrorisieren die ganze Umgebung. Der litauischen Polizei ist es jetzt gelungen, einen der Räuber festzunehmen, und die Bekämpfung geht die Hoffnung, daß damit der Anfang zum Ende der Räuberbande gemacht ist.

52 Bergleute getötet!

Aus Mexiko wird gemeldet, daß sich in dem Staate Coahuila in den Palauinen eine furchtbare Schlagwetterataktrophe ereignet hat, durch die 52 Bergleute getötet worden sind. Das Bergwerk ist vollkommen zerstört worden.

Kälte in den Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten ist in den letzten Tagen fast überall strenge Kälte eingetreten. In Upper Lake im Staate New York sank die Temperatur auf 28 Grad Fahrenheit unter Null, während in der Stadt Newark die Temperatur 7 Grad über Null beträgt. Der Frost hat in den letzten Tagen circa 20 Todesopfer verursacht.

Zur Pflege des Haars

gehört "4711" Portugal. Reinigt den Haarboden, erleichtert das Kämmen und Glätten und gibt dem Haar einen seidenweichen Glanz. Der Kenner wird sein Haar nur mit "4711" Portugal pflegen.

"4711" Portugal — das hygienische Kopf- und Haarwasser — ist nur echt mit der ges. gesch. "4711".

4711
Portugal

Statt jeder besonderen Anzeige!

Plötzlich und unerwartet verschied am 28. Dezember, früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, mein innig geliebter Mann und herzensguter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Hoteller

Wilhelm Gleiss

im Alter von 52 Jahren.

In tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen
Breslau, den 29. Dezember 1925

Elise Gleiss, geb. Kunert
Günther Gleiss.

Beerdigung: Donnerstag, den 31. Dezember, nachm. 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom Trauerhaus, Trebnitzer Platz 1, nach den Parkgräberstätten des Osswitzer Friedhofes, Tor 1.

Am 23. Dezember verschied plötzlich unser Mitglied, der Monteur

9764

Reinhold Hoche

im Alter von 59 Jahren und 7 Monaten.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 30. Dez., nachm. 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Halle II des Osswitzer Friedhofes aus. Trauerhaus: Schießwerderstr. 2. Distrikt 16.

Am 23. Dezember verstarb plötzlich unser Mitglied, der Monteur

9765

Reinhold Hoche

im 60. Lebensjahr.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Genossen zu Genosse des Distrikts 16 des Sozialdemokratischen Vereins.

Beerdigung: Mittwoch, den 30. Dezember, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf dem Osswitzer Friedhof, Halle II (Erlöser). — Trauerhaus: Schießwerderstraße 2.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Am 25. Dezember verstarb unser Kollege

Robert Feike

im Alter von 50 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 29. Dezember, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle in Cosel (Pankow-Gemeinde).

9766

Am 25. Dezember verschied unser Mitglied, der Feuerwehrmann

9767

Robert Feike

im Alter von 50 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau

Beerdigung: Dienstag, 29. Dezember, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle St. Pauli in Cosel. Trauerhaus: Ahrensstraße 69. Distrikt 16.

Trauerhüte

bekannt größte Auswahl, billige Preise:

Hulda Siedner

Schmiedebrücke 15/16, Ecke Empfangsstraße.

Größtes Breslauer
Frau-Berleih-Institut
Gebrauch. u. Gebrauchsgüte, Gütekennzeichen mit
gesetzlichem Bescheinig. Doktore, Schmiede,
Klopphütte, Frau-Berleih. 9768

Germann Mohaupt
am Klostergasse 1, 1. Etage (früher Albrechtsgasse).

Geübte Weißnäherinnen für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.
Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9769

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9770

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9771

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9772

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9773

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9774

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9775

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9776

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9777

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9778

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9779

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9780

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9781

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9782

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9783

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9784

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

finden lohnende Beschäftigung im

Riekschowsky

Bahnhofstr. 7/8 Breslau 8. Abteilung.

Meldung mit Probearbeit und Ausweis
im 2. Stock — Abteilung.

9785

Geübte Weißnäherinnen

für bessere Damenwäsche

enstag, den 29. Dezember 1925

Beilage zur Volkswoche

dienstag, den 29. Dezember 1925

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Alameer 36
Telephon: Ost 5652.

Erweiterter Parteivorstand. Mittwoch, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses die wichtige Sitzung statt. Alles muss erscheinen.
Dienstag, 30. Alle Genossen und Genossen treffen sich am Freitag, abends 8 Uhr, bei Ives, Neudorfstraße 99, zu einem mittleren Silvesterabend.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 29. Dezember.

Landesversicherungsanstalt Schlesien

Am 18. Dezember trat der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Schlesien in seiner vollen Beziehung mit 49 Mitgliedern, so aus dem Kreis der Arbeitgeber und der Versicherten, zu einer ordentlichen Jahresversammlung im Hauptverwaltungsbüro der Behörde zu Breslau zusammen.

Den Vortrag hielt Fabrikbesitzer Dr. Wolfgang Dierig, Leitender Betriebsrat.

Lebhafte Interesse erwachte der Jahresbericht der

Landesversicherungsanstalt Schlesien für 1925, einer einleitenden Glastrade gab zunächst Vizepräsident

Legat ein Bild über die heutige finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalt Schlesien. Diese sei insoweit noch gesetzt, als noch nicht die Höhe der Schulden feststände,

sie die Landesversicherungsanstalt Schlesien im Jahre 1924

zurück der Reichspost habe kontrolliert müssen. Die Höhe

des Betrages werde zurzeit vom Reichsverwaltungsamt ermittelt; es könne eine Million schweigen, aber auch noch mehr möglichen. Durch die allgemeine Wirtschaftslage mit ihrer steigenden Arbeitslosigkeit gestalte sich die finanzielle

der Landesversicherungsanstalt Schlesien aber auch unsicher,

wie zunehmende Arbeitslosigkeit natürlich gemäß den Beitragszahmen abnehmen. So seien beispielweise im Monat November die Beiträge einnahmen gegen Oktober um 10 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Demgegenüber

gestellten, daß allein die Pflichtleistungen in Ge-

der Renten durch die beiden im Laufe des Jahres 1925 ver-

öffentlichten Reichsgesetze betreffend die Rentensteigerung und

die Rentenerhöhung ganz bedeutend angewachsen und

das Jahr 1926 auf 30 Millionen Reichsmark zu schätzen,

also auf etwa 10 Millionen Reichsmark mehr als wie die

angaben hierfür im Jahre 1924 betrachten haben.

Nach die freiwilligen Leistungen der Landesversicherungsanstalt Schlesien, in erster Linie das Heilver-

treben, anfangt, so sei in dem Etat vorgesehen, daß dasselbe in

jetzt wieder aufgenommenen Umfang weiter durchgeführt

sei für die Durchhaltung des vollen Betriebes der vier

neuen Kranken- und Heilstätten der Landesversicherungs-

anstalt seien im Etat 1½ Millionen Reichsmark vorgesehen.

Die Unterstützung von 720 Gemeindepflegestationen auf dem

Landen kann über 700 Reichsmark mehr in den Etat eingesetzt,

zu Erkenntnis, daß diese Stationen für die Bekämpfung

Tuberkulose auf dem Lande das bedeuten, was

in Städten und Industriezentren die Tuberkuloseforscher

in sind. Bischof wurde für jede Schwestern jährlich eine

Summe von 72 Reichsmark als Zufluss gezahlt; dieser soll ab

Jänner 1926 auf 180 Reichsmark erhöht werden, da sonst

beobachtet, daß zahlreiche Schwesterstationen eingehen

— Im Hinblick auf die eigene unsichere finanzielle Lage

der Etat für die Wiederaufnahme des Darlehensgeschäfts

leider nur 600 000 Reichsmark vorheben, ein minimales

gegenüber den 583 Geschichten um hypothekarische Darlehen,

bereits eingegangen seien. Um bei einer Verstärkung der

Haushaltsumlage und daraus resultierendem weiteren Rückgang

Haushaltseinnahmen gedeckt zu sein, empfahl er, ein seit

langem angehämmtes Reservekapital ungelöscht in das Etat

1926 hinzuzurechnen und nur im dringendsten Notfalle

zu entziehen. Das Auschuss aus seiner Mitte gewählten

Stellvertreter referierte Johann Generaldirektor

Wüstevaltersdorf, für die Arbeitgeber und Gravet

teil 1, für die Versicherer mit dem Ergebnis, daß

die Ausführungen des Vizepräsidenten von Legal an-

zustimmen und dem Etat in der von diesen empfohlenen Fassung

zunehmen befürworteten. Nach kurzer Debatte beschloß der

Ausschuss den Jahreshaushalt 1926 dem Antrage entsprechend in

Summe und Ausgabe auf 36 673 400 Reichsmark festzulegen.

Durch die Zeitläufe notwendig gewordene Säuglingsan-

der-Kranken- und Sterbelässe der Beamten der Landesver-

schaffungsanstalt Schlesien empfahl sodann das Vorstands-

und Arbeitsschaffensrat Vogel, Breslau, zur Annahme.

Über die Schaffung einer Kinderabteilung im

neuen Krankenhaus der Landesversicherungsanstalt

zu Breslau berichtet das Auschussmitglied Eisenhöfer

aus dem Breslau; er begrüßte diese neue Fürsorgemaßnahme

des Vorstandes und gab seiner besonderen Freude darüber

dazu, daß dieses Mal den Kindern die Fürsorge zugute

kommen sollte; als Leiter der Kinderabteilung habe der Vorstand

der Universität-Kinderklinik und Präsident für

Verbildung an der Universität Breslau, Dr. Bruno

Kontrakt, als nebenamtlicher Primärarzt angestellt.

Im Auftrage der Kommission für die vier Kranken- und

Heilstätten der Landesversicherungsanstalt Schlesien be-

richtete Johann das Vorstandsmitglied Stadtstaatsrat Neuert

aus dem Breslau über die Kommissionssitzungen, die unter der Leitung des

Präsidenten von Legal am 24. und 25. August in den drei

Sälen im Rittergut Hohenwies, Buchwald und Schmiede-

und am 9. Oktober im Krankenhaus Breslau stattgefunden

en. Die Kommission habe in die einzelnen Zweige der vier

Vorstände Einblick genommen, hier und da auch Antragungen

verbessern gegeben, im großen und ganzen aber habe die

Kommission den Eindruck gewonnen, daß überall die Verwaltungs-

beamten, die Ärzte, Schwestern, Beamten und Angestellten ihr

es einzogen in Dienste an den frontalen Bereichen und daher

es ihm auch Bedürfnis, ramens der Kommission ihnen allen

bei dieser Gelegenheit zu danken.

Zum letzten Punkte der Tagesordnung empfahl Landesrat

Haus eine Erhöhung der Beteiligung der Landesversicherungs-

anstalt Schlesien an der Gesellschaft Heimatstätte, provin-

cielle Wohnungsfördergesellschaft m. b. H. zu Breslau, und an

Wohnungsfördergesellschaft für Oberlausitz G. m. b. H. zu

Wittenberg, sowie die Ausübung des Erbteils vom 25. Oktober 1922

gesetzten Entlastungstitels bezüglich des Beamten-Wohnungs-

hündes zu Breslau, Sauerbrunn 4. Der Ausschuss stimmte

ihren Anträgen zu.

Die Unzuverlässigkeit in Dürrgoy.

Zus Wiederkeisen der Kolonie Dürrgoy wird uns folgendes

schreiben:

Die Anstrengungen im Stadtparlament wegen der schlechten Be-

dingungen der Vorstadt habe auch die Hörerrose um größeren

Schutz mehrten sich und sind, soweit die Kolonie

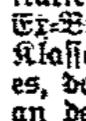
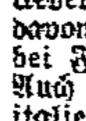
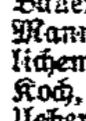
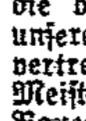
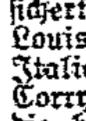
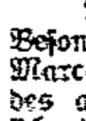
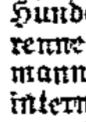
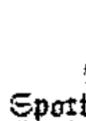
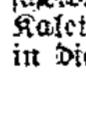
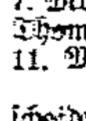
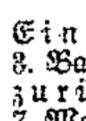
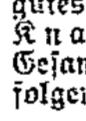
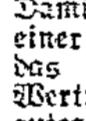
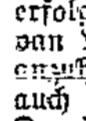
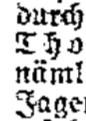
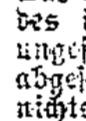
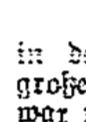
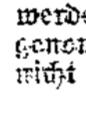
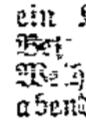
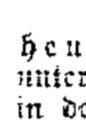
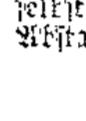
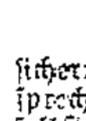
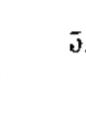
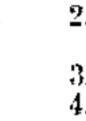
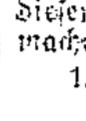
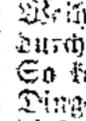
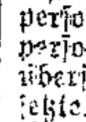
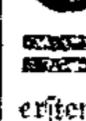
in Krise kommt, nur mangelhaft erfüllt. Für Polizei

und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit die Rückzüge der

polizeilichen Maßnahmen sein. Nach besonderen Feststellungen scheint

aber der Entwicklung dieser Dinge bei den Behörden keine

große Bedeutung beizugeben. In den letzten drei Wochen sind



Wintersnot.

Vor meinem Hause steht ein alter Kastanienbaum. Breit und ausladend reicht er seine Zweige in die blaue Luft. Noch ist es nicht lange her da trug der Baum sein wohntiges grünes Kleid und zeigte mit Stolz seine großen weißen Kerzen. Hunde von Vogeln waren hier beheimatet. Männer und auch ließen sie ihr Glück erscheinen, wenn früh die Strahlen des Sonnenröschen durch die Zweige des Baumes in meine Stube leuchteten. Der Wintermorgen hat den alten Baum seines Kleides beraubt. Nur seinen kleinen Zweigen führt angewinkelt und verschliefst zusammengeknautzt einige Vogelkäfer vor dem kahlen Blätter Schuh laufend. Traurig schweift der Blick über die tief verschneite Landschaft, eine Gelegenheit erprobend, den magenden Hängen zu füllen. Die Wintersonnen sind für die armen geflüchteten Säuglinge eine schlimme Zeit. Nicht genug, daß sie unter der Kälte zu leiden haben, der Schnee verdert auch die Unterplätze, und es ist um das Leben gar ohnmächtig bestellt, wenn nicht die Menschenhand helfen eingesetzt. Seit einigen Tagen ist vor meinem Fenster ein Futterplatz hergerichtet. Zuerst wollten sich die Besucher nicht recht einstellen, obwohl der Spießbalken nicht lange die militärische Welegentheit entdeckt hatte. Bischöflich übernahm noch die Schau vor der menschlichen Röte das nangende Hungergemüth. Aber dann war die Angst überwunden. Zuerst waren nur einige vor, dann kamen ganze Scharen aller Gattungen, die sie nicht vorgezogen haben, unter im Winter so unwillkürliche Begegnung zu verlieren. Nun fliegt es den ganzen Tag hin und her und auf dem Rücken hervor ein gehäuftiges Treiben. Am zahlreichsten ist natürlich das Spatzenvolk vertreten, das froh und fröhlich seinen Platz behauptet. Ihnen am nächsten verwandt in Art und Auftreten sind die Haubentherken. Beide sind schon die Buchstaben, auch erkennbar im schwarzen Kleide wie und da eine Schwanzdrosself. In ihrem gelben Schnabel die erprobte Beute darunterliegend. Die sorglose Beobachtung des eifriges Lebens und Treibens macht dem Menschen viele Freude. Sie ist der Sohn für die geringe Mütze, die die Anlegung eines solchen Futterplatzes verurteilt. Wer im Sommer gern in die Städte hinauswandert, um dem Vogel zu folgen, der sollte es nicht vergessen, ihnen über die jetzige schwere Zeit hinwegzuhelfen. Wenn es nicht ins Herz eingerannt ist, die Not der armen kleinen Kreaturen mitzumachen, der wird meist auch der Not leidender Menschen sein Verständnis entgegenbringen. Herzchen Gottig.

Nachrichtung.

Die Gewerbetreibenden des 15. Polizeidistrikts werden aufgefordert, sämtliche in ihrem Betriebe befindlichen Längenzähne, Hühnchenzähne, Mehmerzähne für Polizeileute und dergleichen, Sägezähne, Gewinde und Wagen dem Eisenamt hier, Vorwerkstraße 10, wertmäßig in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags vorzulegen und zwar in nachstehender Reihenfolge:

Vom 2. bis 8. Januar: Taurienstraße 128 bis 187 und 168 bis 198.

Vom 11. bis 16. Januar: Am Güterbahnhof, Ost-Weststraße 116 bis 149 und 112 bis 148, Brüderstraße 61 bis 81 und 40 bis 54.

Vom 18. bis 23. Januar: Döner Straße, Wolfsmühle, Mönckestraße, Schönstraße von der Döner Straße bis zur Eisenbahnunterführung, Gabelsberger Straße, Schäferstraße, Weinhofstraße 2 bis 18.

Vom 25. bis 30. Januar: Böckstraße 35 bis 43 und 30 bis 38, Brodauer Straße, Königsstraße, Mollnitzer Straße.

Eine Schlägerei auf der Weidenstraße.

Bei 30 Jahre alt Ulrich Paul Seipold kam am Montag vor dem kleinen Schöffengericht, um sich wegen schwerer Körperverletzung mittels eines Messers zu verantworten. Es hatte am 21. November eine Gastlichkeit bei ihm und war gegen 1 Uhr nach Hause gekommen. Vor der Haustür traf er einen Hausmeister, den Handelsmann Arno Schneider. Beide hatten schon öfter Diskrepanzen gehabt und gerieten auch hier doch wieder in einen Wortwechsel. Im Verlauf des Wortwechsels versetzte Seipold dem Schneider einen Faustschlag, den dieser mit Bothen abwehrte. Seipold geriet offenbar in immer größere Wut, denn als sich Schneider auf die gegenüberliegende Seite der Weidenstraße begeben hatte, folgte ihm Seipold und bescherte ihm mit seinem Tafelkammesser einen anderen Stich ins Gesäß. Dieser Stich erhielt Schneider in den Rücken. Er wurde sofort ins Allerheiligste gebracht und geöffnet werden, so eine lange Wunde an der rechten Seite in unmittelbarer Nähe der Schläuder gernmehr werden mußte. Am 2. Dezember wurde er aus dem Krankenhaus entlassen, mußte jedoch noch mehrere Wochen, vornehmlich wegen des Stiches in den Rücken, der die Lunge getroffen hatte, einer Arzt in Aufsicht nehmen. Seipold war in Hoff genommen worden, wurde also jetzt zur Verhandlung aus dem Untersuchungsgefängnis vorgezogen. Er gab zu, den Schneider ins Gesicht geschlagen zu haben, doch will er das diebstahl gerichtet haben. Dies über den Weihnachtsmarkt in den Rücken verlegt hat, ist nicht feststellbar. In Abhängigkeit der großen Höhe und der Schwere der Tat, verlangte vom Gericht unbedingte Entfernung und erkannte gegen ihn den Antrag des Anwalts aus, zwei Monate Gefängnis; von dieser Strafe wurde ein Monat als verbüßt erachtet. Das zu der Tat verurtheilte Weißer wurde eingezogen und gegen Seipold der Haftbefehl ausgeschoben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ganzer 5 (Ganzseitig). Dienstag, den 29. Dezember, abends 8 Uhr, Führerfeier bei Schenckmann. Alle Delegierten haben zu erscheinen.

Jahresabschlußfeier der Arbeiterrjugend.

Am Donnerstag beginnt die Arbeiterrjugend, fast aus allen Kreisen unserer bürgerlichen Zeit, ihre Jahresende. Das Feier beginnt um XII Uhr in der Halle des Elfenbeinbaus, Unterstrasse (Gymnasium). Doppelstiel, Regimentszettel, Sprechpost und Gesangsschülern fallen den Abend würdig aus. Bei Aufstellung müssen wir 15 % für Jugendliche und 25 % für Erwachsene erheben. Dem ersten Teil geht ein heiterer zweiter, bestehend aus lustigen Singspielen und Schattenspielen. Beginn 8 Uhr.

Arbeiterrjugend.

Schön, überwältigend! Wir treffen uns morgen abend zur Jahresfeier des Bezirks Altonaer, zunächst 7 Uhr, am Weidendamm und gehen gemeinsam zu Reiter, Rosenstraße 26. Es hat jedes Mitglied nach Möglichkeit zu erscheinen. Beginn XII Uhr. Alle Mitglieder müssen Donnerstag bei dem Sprechpost mitkommen.

Beginn 8. Heute abend soll unsere Feierstagsprüfung aus. Mittwoch, abends pünktlich 10 Uhr, im Saal, Jahresabschlußfeier. Jedes Mitglied hat zu erscheinen.

Beginn 14. Heute nächster Samstag ist Sonntag, 3. Januar. Gemeine Rückzug. Jeder muss mit eines der beiden Zeugnisse erscheinen. Unsere Jahresabschlußfeier findet im Elfenbeinbau statt.

Beginn 15. Der für Mittwoch angeplante Feierabend wird ausgesetzt. Freitag ist der Feier aus gesetzlichen Gründen verschoben, treffen sich die Feiernde am 3. Uhr in der Weidendamm.

Geschenk der Arbeiterrjugend.

Die Feiern 5 und 6 (Ganzseitig) vereinbarten morgen Mittwoch, den 29. Dezember, 7% Uhr abends, bei Reiter, Rosenstraße 26 eine Jahresabschlußfeier, zu welcher ein großer Saal eingerichtet ist. Kosten Operettentheater, Weidendamm, Weidendamm, Volkshaus ein, gesetzt ein Theaterticket und das Programm. Das Stück "Götter", zur Weihnacht, der Dekor der Natur ist ein Eintrittspreis von 30 Pf. für Erwachsene und 20 Pf. für Jugendliche, einzurichten.

Bon den Arbeiterrinderfreunden.

Heller. Mittwoch, abends 6 Uhr, Michaelistrasse: Wichtige Hellerbesprechung. Da eine Umfrage organisatorischer Fragen zu erledigen sind, ist pünktliches Erscheinen notwendig. Die Gruppenleiter müssen alle Berichte und Abrechnungen, bis einschließlich November, mitbringen. Die Orts- und Bezirksvorstandsmitglieder treffen sich bereits um 7 Uhr in der SW-Bude, auf den Teichhäusern.

Gruppe 2 (Scheitnig). Diese Woche fallen alle Zusammenkünfte aus.

Gruppe 4 (Nikolaiviertel). Wir kommen erst wieder am 18. Januar zusammen.

Gruppe 6 (Strehlener Tor). Mittwoch treffen wir uns alle um 5 Uhr zu einer Jahresabschlußfeier in unserem Heim auf den Teichhäusern.

Freigewerkschaftliches Jugendkultartell.

Arbeiter-Jugend. Mittwoch, 20. Dezember, abends 7 Uhr, im Galerizimmer des Gewerkschaftshauses findet unser Bauabend mit Erziehungsfragen statt.

Maler-Jugend. Mittwoch, 20. Dezember, abends 7½ Uhr, ist im Gewerkschaftshaus (die Nummer des Zimmers steht an der schwarzen Tafel) unter 3. praktischer Abend über Schrift-Metallarbeiter-Jugend. Dienstag, 21. Dezember, sprechen wir in unserem Heim über proletarische Erziehungsabgaben. Unter-Heimabend ist nicht in der Schule, Tochterstraße, sondern im Gewerkschaftshaus Zimmer an der schwarzen Tafel.

3. d. A.-Jugend. Heute, abends 8 Uhr, im Jugendheim. An der Mathiastadt, Heimabend. Donnerstag, den 31. Dezember, beteiligen wir uns geöffnet an der Jahreswende feier des Freigewerkschaftlichen Jugendkultartells.

* Spende. Bädermeister Robert Müller, Schönstraße 26 bedachte einige Bedürftige unserer Partei mit 20 großen Stricken, ebenso Bädermeister Paul Wessel, Schönstraße mit 18 großen Stricken.

* Die Polizeistände in der Silvesternacht ist vom Regierung präsentiert allgemein auf 3 Uhr, für Kassehänder auf 4 Uhr festgelegt worden.

Brieflasten.

Allen Antragsteller muß eine Bezugserlaubnis beilegen. Bezugserlaubnis erlaubt keine Reise auf Verlangen von den Polizeidienststellen. Trägerinnen: die Postbezirker haben die Bezugserlaubnis beizulegen.

Sprechstunde der Redaktion wochentags von 12-1 Uhr mittags.

G. 3. Artikel, deren Absender ihren Namen nicht angegeben, veröffentlichen wir grundsätzlich niemals. Sie können die Abholung auf der Redaktion vormittags zwischen 12 und 1 Uhr abholen.

Letzte Wetternachrichten.

Datum:	Temperatur			Wetter	Wind	Strom
29. 12. 25.	heute früh	Maxim. 1 Min. seit 24 Stunden				
Krieblitz	3	6	2	Regen	SSW 2	4,8
Schneeforce	-4	-	-6	Schnee	W 7	32
Gräfenberg	4	7	2	Regen	S 4	4
Oberbreitendorf	3	4	1	Regen	SW 4	15
R. E. Baute	-2	-	-	Schneeflocken	N 5	
Reitnördern	-	-	-	-	-	-
Rehna	2	5	1	Regen	W 2	8
Lauda	4	4	2	bedeckt	SSW 4	4
Görlitz	4	6	2	Regen	SO 3	5,0
Bad Köthen	3	6	-	Regen	S 4	17
Beuthen	2	5	-	mäßig	W 3	10,5
Frohburg	2	5	1	bedeckt	S 3	9,2
Heidersdorf	-2	+1	-3	Schneeflocken	SW 4	16
Kreuzburg	2	-	-	bedeckt	S 2	9,1
Reiße	2	5	-	mäßig	S 1	3,4
Rosenberg	2	5	1	Regen	SSW 2	7
Gleiwitz	3	5	1	Regen	SSW 2	6,4

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Kriestern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Nach der kurzen Aufhebung und Abflöhlung in den Nachtagen hat erneut milde Luft zum Taurisetter und unregelmäßige Regenfälle geführt. Über Nordosteuropa ist nunmehr kalte Luft im Umlauf. Wir müssen daher nach nochmaliger Wärming und stärkeren Regenfällen mit einem neuenlichen Vortakter Luft zum Ende des Jahres rechnen. — Zusätzlich zunächst noch mild, Regenfälle, windig.

Parteigenossen und -Genossinnen werbt ständig für die Volkswoche

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

	vom 28. Dezember
1 Pfund Sterling	20,347
1 Dollar	4,195
100 Holl. Gulden	188,55
100 Belg. Francs	19,02
100 nord. Kronen	85,24
100 Danzig. Gulden	80,75
100 Lira	16,905
100 dän. Kronen	103,92
	100 Zloty

Kölnisch Wasser

Wenn Geist und Anmut einer Frau Triumph feiern,

hat "4711" stets ihren Anteil daran. Die köstlich stärkende und belebende "4711" ist in Gesellschaft ein unentbehrliches Hilfsmittel. Sie weckt Müdigkeit und Abspannung in wunderbarster Weise und erhält bis zur letzten Stunde frisch und gepflegt.

Man braucht sich nichts zu fürchten. Gold-Dose — Satz 1700 ist stets der passende, lange-haltende Creme- oder Balsamische Original-Rezept.



Unverzerrbare Arbeits-Hosen
Eigene Anfertigung
Oskar Dohm
Neumarkt 45

Buchdrucker
Volkswach

BRESLAU 2
Flurstraße 46
Übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerbschaften in einem mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung und schnellster Lieferung.

Spezialität
Massenausflage
(Rotationsdruck)

Genossen
Genossinnen
Eure Familien
anzeigen der
Volkswach

Gewerkschaftsbewegung.

Husemann über die Lage der amerikanischen Bergarbeiter.

Der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Geheime Husemann, hat den Vertreter des „Soz. Preßdienst“ im wissenschaftlichen Industrieatlas die Eindrücke geäußert, die er und die deutsche Gewerkschaftsdelegation auf einer mehrwöchentlichen Studienreise in den Vereinigten Staaten über die allgemeinen industriellen und sozialen Verhältnisse dort gewonnen haben. „Ich bringe aus Amerika die besten Eindrücke mit in die Heimat“, erklärte Husemann. „Unter Empfang war überall der deutschbunte, auch bei dem Präsidenten Coolidge. Der Staatssekretär des amerikanischen Arbeitsamts Davis unterhielt sich mit uns mehrere Stunden eingehend über die deutlichen und amerikanischen Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse. Sehr interessante Eindrücke vermittelte uns der Besuch eines großen Stahlwerks bei Chicago, das über 15.000 Arbeiter beschäftigt. In dem hochmodernen eingerichteten Werk sahen wir ausschließlich deutsche Arbeiter. Kennzeichnend für die musterhafte Menschenwirtschaft ist die Tatsache, daß von den 15.000 Arbeitern dieses Stahlwerkes nur 34 unter 18 Jahre alt sind. Ihre Einschätzung erfolgte lediglich mit Rücksicht auf die von ihnen zu unterstützenden Angehörigen. Die amerikanische Jugend befindet in ihrer übergrößen Mehrzahl die Schule bis zum 18. Jahre und erhält dadurch eine vorzügliche Allgemeinbildung.“

Über den amerikanischen Bergbau erklärte Husemann ausdrücklich, daß Vergleichsmöglichkeiten hier zwischen den amerikanischen und deutschen Verhältnissen kaum vorhanden sind. Die reiche Kohlengruben, die die deutsche Bergarbeiterdelegation besaß, erreichte 150 Meter. Bereitschaft sind tieferen Gruben vorhanden. Die größte Tiefe beträgt jedoch nur 400 Meter. Ein Teil der Anthrazit sowie der Steinkohle wird im Tagebau gefördert. Überall steht der amerikanische Bergbau Maschinenbetrieb. Im ganzen ist die Gewinnung der amerikanischen Kohle ungemein einfacher als die der deutschen.

Über die Frage nach der Lebenshaltung der amerikanischen Bergarbeiter äußerte sich Husemann wie folgt: „Die Lebensverhältnisse der amerikanischen Bergarbeiter sind entsprechend der ungeheuren Ausdehnung des Landes sehr verschieden. In den Bergbauregionen, in denen die amerikanischen Bergarbeiterorganisationen von den Unternehmen in offiziell anerkannt sind und wo Tarifvereinbarungen bestehen, ist die Lebenshaltung zweit- bis dreimal besser als die des deutschen Bergarbeiters. In den logenunorganisierten Gebieten liegen die Verhältnisse viel ungünstiger. Die Wohnungsverhältnisse sind im Vergleich zu Deutschland hervorragend zu nennen. Viele Bergarbeiter bewohnen Etagenhäuser, die meist sehr gut ausgestattet sind; kost jedes Wohnung hat ihr Bett. Ein großer Teil der amerikanischen Bergarbeiter, in Illinois etwa die Hälfte, sind Autobesitzer. Der Erwerb eines Autos, das bei den amerikanischen Entfernung ein notwendiges Verkehrsmittel darstellt, ist bei den billigen Preisen und den begrenzten Abzahlungen fast jedem gutbezahlten Arbeiter möglich.“

Über den Stand der Bergarbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten fragt, erklärte Husemann: „Gemeinsam der Organisation der deutschen Bergarbeiter befindet sich die amerikanische in einem großen Vorteil, als nur ein großer, einheitlicher Kohlenbergarbeiterverband vorhanden ist, der Aktien von dortheim eine größere Stärke führt. In den Bezirken, wo die Gewerkschaften sich durchgesetzt haben, sind die Bergarbeiter festlos organisiert. In einigen Distrikten werden sogar die Beiträge der Lohnabzüge eingezogen und von den Unternehmen an die Gewerkschaften abgeführt. In ganzem genommen sind bisher 60 Prozent sämtlicher amerikanischer Bergarbeiter organisiert. Der Sitz der Zentralorganisation der amerikanischen Bergarbeiter ist in Indianapolis. Vorsitzender ist John Lewis.“

Genosse Husemann stieß dann zum Schluß noch die Frage der Auswanderung, die manchen deutschen Bergarbeiter angesichts der trockenen Verhältnisse im deutschen Bergbau verlocken könnte. Er wies zunächst darauf hin, daß die gesetzliche und körperliche Mittelmäßierung für einen Deutschen nicht leicht ist und seiner Aussicht nach nur für Jugendliche in Frage kommt. Nicht überleben werden dürfen die sozialpolitischen Zustände in den Vereinigten Staaten. Eine Pünktlichkeit besteht nur gegen Anordnungen. Eine Knappheitsversicherung nach deutschem Muster gibt es in Amerika ebenso wenig wie eine Alters- oder Invalidenversicherung. Allerdings gestattet das Einkommen der amerikanischen Bergarbeiter ihm also, in jungen und geübten Tagen die Bildung von Sparbüchern für die Zeiten der Not, der Krankheit und des Alters. Nicht außer acht gelassen werden darf jedoch, daß auch der amerikanische Bergbau unter der internationalen Arbeitsmarktfestigkeit leidet. Vor allem in den Weißboden-Districten macht sich die Arbeitslosigkeit schon recht stark; in manchen Bezirken werden jährlich nur 140 bis 150 Schichten verfahren.“

Husemann fasste sein Urteil dahin zusammen, daß wegen der augenscheinlichen Verschiedenheit der geologischen und allgemeinwirtschaftlichen Verhältnisse viele Vorteile für den amerikanischen Bergarbeiter auf das parametrische Deutschland nicht übertragen werden können. Auf alle Fälle bleibt jedoch Amerika in betriebsorganisatorischer und monetärwirtschaftlicher Hinsicht auf dem Gebiete des Bergbaus für Deutschland vordringlich.

Als die Reaktion wieder im Sattel saß.

Eine Reminiszenz vom Jahre 1849.

Ausgegraben von A. K. z. a. N. 11.

Als die 48er Revolution in wenigen Tagen anscheinend gesiegelt hatte, befanden es die Berliner Unternehmer und Handwerkmeister mit der „revolutionären Begeisterung“. Das äußerte sich u. a. auch darin, daß sie mit den von Stephan Born und einigen anderen Republikanern ins Leben gerufenen Gewerkschaften „einwillig“ Lohnhöhungen und insbesondere die zehnstündige Arbeitszeit vereinbarten. Das letztere war in der Tat ein großer Durchbruch.

Schon ein Jahr später waren die meisten dieser Errungenheiten wieder verschwunden. Die Koalitionsfreiheit war noch einmal begraben worden. In ihre Stelle waren die alten Koalitionsverbände getreten, die jede Vorbereitung zur Erringung besserer Lohns- und Arbeitsbedingungen mit demontatorischer Gefangenstrafe bedrohten. Die Unternehmer diktirten wieder die elf- und zwölfstündige Arbeitszeit. Einige Arbeiterschaften versuchten es noch, in der Übergangszeit sich dagegen zu wehren, so u. a. die Berliner Maurer. Sie hielten — es war im April 1850 — ihre Gewerkschaft noch bis dahin erhalten können; aber diese war schon machtlos geworden. In der Hauptstadt trug dazu die furchtbare Arbeitslosigkeit, die viele Arbeiter, die an sich der Freiheit noch ungewohnt waren, mit Wankelmut erfüllte. Sie hielten von ihrer Organisation ab, fingen an — genau wie in untenstehenden Tagen — auf die Führer zu hören und zu verachten. So fiel im Betrieb und Speichelsieden bei den alten Machthabern. Das nachstehende Dokument, das dem Berliner Magistrat entstammt und hier im Originalwortlaut wiedergegeben sei, ist ein erschütterndes Zeugnis von politischer und moralischer Verwüstung unzureichender Arbeiter. Wenn es damals schon „Gelbe“ gegeben hätte, so wären die Verfasser dieses Bettelschreibes würdig gewesen, Ehrenmitglieder bei ihnen zu werden.

„Ein hohes Magistrat! Der Königlichen Residenzstadt Berlin! Werden häufiger betreut, daß die alle Familienräder sind von einer zahlreichen noch ganz unzureichenden Familie — wagen unsre geborgnete Söhne um die so glückliche und schone Verpflichtung vorzubringen.“

Wie sind also diese Söhnen eine sehr große Zahl arbeitslos, und nur als Familienväter Ruhe und Ordnung mit dem besten Willen wünschen, wir sind aber auch hiermit bereit, den Lohn der gestellt, von 6 Uhr bis 7 Uhr des Tages zufrieden, den wir beide gesetztes als Ruhe liegenden Menschen helfen; da unsere Altpensionen uns den erhöhten Lohn so wie das Comite — welches wir gewählt haben, wollen und somit können wir hierdurch keine Arbeit erhalten, so bitten wir insgesamt alle, da die Versorgung des Comites — nicht für uns Familienväter die den Haushalt noch noch durchgängig Mutter verhindert, sonst daß wir Arbeit bekommen, daß es eingestellt werde, denn früher hatten wir so wenig einen Präsidenten als Comite — logischer läßt sich hier mit unsern Bitten mit ein, daß ein hoher Magistrat die arbeitenden Männergecken eine Geduld giebt, nur unter uns, damit wir unsre so notdürftige Familie, wo das Leiden täglich überhand nimmt erhalten können, und nicht durch Lichte zur Familieneigenschaft wieder gelegte Vergesungen uns zu schulden kommen lassen — daher haben wir alle das Vertrauen zu Gott! und der so gerechten Behörde um Erfahrung — so nennen wir uns die geborgneten Familienväter den Meistern des Gewerks und den Stadtkonsuln vorzulegen.“

Berlin, den 11. April 1849.“

Die Bittsteller erhielten auf ihren Bettelschreiben eine Antwort, wie sie sie ganz gewiß nicht erwartet hatten; sie lautete:

„Decret.“

Auf den Antrag der Gesellschafter des Maurergewerks untersagen wir Ihnen den Besitz der Herberge; und werden Sie, wenn Sie vom Verbot entgegenstehen, als Ruhesitzer vor der Untersuchung und Strafe ziehen. Was Ihr Gehalt um Beschaffung von Arbeitsgelegenheit betrifft, so verweisen wir auf die öffentlichen Bekanntmachungen, daß ferner kein Arbeitsnachweis gegeben wird, bei denen es lediglich das Beweisen behält.“

Berlin, den 27. April 1849.“

M. G. i. r. a. t.

Abteilung für Gewerbe- und Niederlassungssachen
in Soden
Siegels.

An den Maurergewerks Urban.“

Das wagte der Berliner Magistrat damals, ein Jahr nach der siegreichen Revolution, demütig bittenden Arbeitern zu bieten! Wer da meint, daß es heute viel anders werden würde, wenn die Reaktion wieder die volle Gewalt in die Hände bekomme, der befindet sich in einem verzerrten sozialen Irrtum. An Anzeichen für den „guten Willen“ der Herren Reaktionäre fehlt es nicht. Sie versuchen wieder zu „defektieren“. Wenn ihnen diese Versuche bis heute im allgemeinen nicht gelungen sind, so ist das lediglich der Widerstandskraft der Gewerkschaften zu danken. Wer diese zerstört und schwächt, sorgt dafür, daß die Reaktion wieder in den Sattel kommt. Ist das einmal geschehen, dann bekommen auch die „vernünftigen“ und „logischen“ Arbeiter die Politik zu kosten — dies sogar zuerst, denn auch in den Kreisen der Reaktion gilt der Grundsatz: Man sieht den Verrot, aber nicht die Verräter.

Rückgang der christlichen Gewerkschaften.

Reichsgraf hat in der Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften vom Jahre 1924 erläutert. Daß sein, daß der Katholische Niedergang der Christlichen ihre Führer immer wieder zu der Meinung drängte, möglichst spät mit dem trockenen Ergebnis der Mitgliedschaft im ersten Jahre nach der Inschrift an die Oberschicht zu treten. Grund hierzu war sicher vorherrschend. Der Bericht mußte aber doch veröffentlicht werden, und so erfuhr er erst in Nr. 23 des „Centralblattes“ vom 9. November.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch durch die Geldentwertung und sonstige Vorfälle zog die christliche Gewerkschaftbewegung viel stärker in Misserfolg als die freien Gewerkschaften. Die durchschnittliche Mitgliedsanzahl sank von 937.920 im Jahre 1923 auf 605.392 im Jahre 1924. Mehr als ein Drittel des Gewerkschaftsverbandes verzeichneten die christlichen Gewerkschaften als Verlust.

In gleicher Weise schmolzen die Kassenbestände zusammen. Von sämtlichen Verbänden wurde ein Gesamtvermögensbestand (Bardeutung und Sachwerte) von 574.213 Mark, darunter 150.000 Mark für Sachwerte, festgestellt.

Im Bruchteil von der statistischen Tabellen wird über großen Optimismus berichtet, der in weiteren Kreisen heute fast zu einer Modeprobe geworden ist. In früheren Jahren konnten wir ein anderes Bild finden hören. Jetzt steht sich heraus, daß auch diese Kreise ihrer christlichen Gewerkschaften überaus geworden sind. Sollte bei diesem Optimismus nicht auch die erwähnte Ecke-

nis mitwirken, daß jede gewerkschaftliche Zersplitterung die Gewerkschaft härtigt und die Reaktion stärkt? Die freien Gewerkschaften haben doch in den Domänen der Christlichen die Missionssicht und ihre Nachsicht viel besser überstanden als die Christlichen. Beispielsweise sind unsere Berufe im Hauptsitz der Christlichen, im Rheinland und Westfalen, um vieles niedriger.

Von Interesse ist auch eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen in den freien Gewerkschaften. Die im ADGB vereinigten 40 Verbände hatten Ende März 4.152.957, und Ende Juni 4.194.574 Mitglieder, darunter 777.390 weibliche. Die Mitgliederzahl stieg vom Ende des Vorjahrs bis Ende dieses Jahres um 219.572. Angesichts der latenten Wirtschaftskrise sind diese Erfolge der Werkskraft der freien Gewerkschaften beachtenswert und berechtigen zur Hoffnung auf eine weitere Steigerung der Mitgliederzahlen.

Steuerflüchtigung

bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik usw.

Zahlreiche Anfragen veranlassen uns, auf die Bestimmungen über Steuerflüchtigung noch einmal hinzuweisen.

Der Arbeiter hat Anspruch auf Verlängerung des steuerfreien Lohnbetrages für das ganze Jahr. Dieser steuerfreie Betrag war im Jahre 1924 in den Monaten Januar bis November auf 50 Mark pro Monat, im Dezember auf 60 Mark festgesetzt, also 610 Mark für das ganze Jahr 1924. Die Wochendotträge waren 12 Mark von Januar bis November, 15 Mark im Dezember. Bei der Berechnung nach Wochen kommt ein etwas höherer Betrag heraus, es ist jedoch festgelegt worden, daß für das Jahr 1924 insgesamt 610 Mark als steuerfreier Betrag in Rechnung zu bringen ist.

War nun ein Arbeiter mehrere Wochen krank oder arbeitslos oder ausgesperrt, so konnte ihm für diese Wochen ein steuerfreier Betrag nicht gutgeschrieben werden, weil er ja in diesen Wochen Lohn überhaupt nicht bekommen hat. Machen wir uns das, was wir sagen wollen, an einem Beispiel klar.

Der Einzelheit wegen nehmen wir einen Arbeiter an, der im Jahre 1924 alle Wochen voll gearbeitet hat, oder wenigstens für alle Wochen volle Lohn bekommen hat, und zwar 30 Mark pro Woche, mit Ausnahme von sechs Wochen, die er krank, und drei Wochen, die er ausgesperrt war. Der Mann hat Frau und ein Kind, hatte also von dem den steuerfreien Betrag übersteigenden Lohn 8 Prozent Lohnsteuer zu zahlen. Der Einzelheit wegen nehmen wir weiter an, daß Krankheit und Ausperrung in die Zeit vom 29. Oktober bis 31. Dezember gefallen sind.

Der Mann hat demnach für die Zeit vom 1. Januar bis 28. Oktober für 43 Wochen Lohn à 30 Mark erhalten = 1.548 Mark Jahresverdienst. Steuerfrei wurden ihm entsprechend für 43 Wochen à 12 Mark = 516 Mark zusammen. Für den übrigen Teil von je 24 Mark pro Woche hat er 8 Proz. Lohnsteuer gezahlt, also 48 mal 1.90 Mark = 81.70 Mark. Er hatte aber Anspruch auf 60 Mark steuerfreien Lohnbetrag, nicht nur auf 516 Mark, demgemäß kann er den zuviel gezahlten Lohnsteuerbetrag wieder zurückfordern. Das Beispiel steht dann so aus:

Bevorsteuer Lohn 48 mal 30 Mark	1.548,— Mark
Steuerfreier Betrag	610,—

Steuerpflichtiges Einkommen	938,— Mark
---------------------------------------	------------

Paron sind 8 % als Lohnsteuer zu zahlen	75,—
---	------

Krankheit hat er gezahlt 48 mal 1.90 Mark	81.70
---	-------

Er hat also zu viel gezahlt	6.70 Mark
---------------------------------------	-----------

Diese 6.70 Mark kann der Arbeiter also zurückfordern. Diese bezügliche Urtat ist an das Finanzamt zu stellen.

Was oben gezahlt ist, gilt auch für das Jahr 1925. Für dieses Jahr war der steuerfreie Betrag festgelegt:

Januar bis Mai 60 M. monatlich, 15,— M. wöchentlich

Juni bis September 20 18.60

Oktober bis Dezember 80 19.20

Auch für das Jahr 1925 sind bereits die bei Rückflüchtungsanträgen zu berücksichtigenden steuerfreien Lohnbeträge festgelegt. Sie betragen:

180 Mark für das erste Kalendervierteljahr,

200 Mark für das zweite Kalendervierteljahr,
--

je 240 Mark für das dritte und vierte Kalendervierteljahr,
--

360 Mark für das ganze Kalenderjahr 1925.

Wer also krank, arbeitslos, ausgesperrt war usw., oder wer teilweise kurz gearbeitet oder ausgesperrt hat, der prüfe nach, ob ihm sein steuerfreier Betrag voll umgerechnet worden ist. Es kann das nur in Bruchteilen kommen bei Arbeitern, Arbeitern oder Angestellten, die mehrere Wochen einen so geringen Verdienst hatten, daß ihnen Steuern nicht abgezogen werden konnten, oder für mehrere Wochen Lohn überhaupt nicht erhalten haben. Bei Arbeitern, denen jede Woche Steuern abgezogen wurden, kommt eine Rückzahlung nicht in Betracht, es erübrigt sich in diesen Fällen eine Nachrechnung.
--

Wirtschaft.

Dumping des Schiffbaus.

Im März 1925 gab eine englische Reederei den Auftrag zum Bau von fünf Schiffen zu je 10.000 Tonnen an eine Hamburger Werft. Dieser Auftrag erregte in englischen Arbeiters- und Industriekreisen das größte Aufsehen, denn der englische Schiffbau leidet seit Jahren unter schlechtem Geschäftsgang und die Werften gräben den ganzen Erdball nach Aufträgen ab, die sie selbst zu Verlustpreisen, nur um den Betrieb aufrechtzuerhalten, hereinnehmen. Die Debatte über den auf die Hamburger Werft gegebenen Auftrag nahm schließlich einen solchen Umfang an, daß sich die in Frage kommende englische Reederei öffentlich gegen die Vormüller verteidigen mußte. In ihrer Befreiung wies sie darauf hin, daß das vorliegende billigste englische Angebot für den nach Hamburg gegebenen Auftrag noch um 100.000 Pfund über der Forderung der Hamburger Werft gelegen habe. Außerdem hätte die Hamburger Werft zwei bis drei Monate früher liefern können als der englische Schiffbau. Weiter betonte die Reederei, daß sie, um den nach Hamburg gegebenen Auftrag der englischen Industrie zuzulassen, zu den englischen Firmen vorgekehrt habe, mit ihren Forderungen so weit herunterzugehen, damit jedes der nach Hamburg in Arbeit gebrachten fünf Schiffe nur 10.000 Pfund über der deutschen Forderung zu stehen komme. Bei dieser Regelung hätte sie, falls die englische Schiffbauindustrie zustimmt, einen Verlust von 50.000 Pfund erlitten, den sie aber im Interesse der englischen Industrie tragen wollte. Aber auch gegenüber diesem Vorschlag hätten die englischen Werften erklärt, daß ihre Forderung „außer“ sei und es ihnen nicht möglich wäre, dem Verlangen nachzukommen. Darauf sei dann der Auftrag nach Hamburg gegangen.

Diese Befreiung der englischen Reederei wirkte noch sensационeller als der nach Hamburg gegebene Auftrag selbst. Sie führte zu guter Letzt zu dem Plan, die Verhältnisse im Schiffbau dahin zu untersuchen, auf Grund welcher Umstände der deutsche Schiffbau dem britischen Schiffbau überlegen ist. Für die Klärstellung dieser Frage interessieren sich Werftbesitzer und Arbeiter in gleichem Maße. So kamen beide Seiten einvernehmen, die Klärstellung gemeinschaftlich zu versuchen. Zu diesem Zweck bildeten die Werftarbeiter-Gewerkschaften mit den Werftbesitzern einen gemeinschaftlichen Ausschuß. In seiner ersten Sitzung wurde bestimmt, daß die Arbeitsbedingungen den kontinentalen Schiffbau untersucht und die Preise der englischen mit den ausländischen Werften verglichen werden sollten. Das Ergebnis der Untersuchung liegt nun in einem Teillbericht vor. Nach diesem kam der gemeinschaftliche Ausschuß überein, die Aufmerksamkeit des englischen Arbeitsministers auf die Tatsache zu lenken, daß in Deutschland, obgleich hier laut amtlicher Verordnung die tägliche Arbeitszeit acht Stunden beträgt, dennoch durch Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern 54 Stunden wöchentlich gearbeitet werden, und daß es im

holländischen Schiffbau ähnlich sei. Der Auschuß habe nicht die Wirkung, die Arbeitszeit im britischen Schiffbau zu verlängern, aber er müsse den Arbeitsminister fragen, ob er irgendwelche Schritte tun könne, um die Erhaltung der längeren Arbeitswoche auf den Werken der anderen Länder zu fordern, da das zu beobachtende internationale Wettstreit um die

